

Ziele darlegten, wie sie in dem oben zitierten Buche niedergelegt sind. Deshalb hat man hier zu dem Notbehelf der „christlichen“ Gewerkschaften gegriffen. Aber gerade dieser Keil, mit dem man die freien Gewerkschaften zu zersplittern hoffte, hat sich als ein Keil für das Zentrum selber erwiesen.

So stehen heute die freien Gewerkschaften als Sieger da. Die listigen Zersplitterungsversuche sind abgefallen und nur in ihren Reichen sammelt sich, was im Proletariat den Pulsschlag der neuen Zeit empfunden hat. Das ist freilich nur möglich gewesen, indem die deutschen Gewerkschaften Hand in Hand gingen mit der deutschen Sozialdemokratie. Dieses Verhältnis zur Partei ist in den letzten Jahren noch enger und stärker geworden und die kommenden Kämpfe würden es ohne Frage noch mehr kräftigen. Und wenn morgen, wie alljährlich, Leipzigs gewerkschaftlich organisiertes Proletariat sein Fest der Arbeit feiert, so ist das zugleich ein Fest der Partei. Beide entstammen der gleichen Wurzel, beide haben die gleichen Gegner und beide leuchten das gleiche Ziel.

Die Reichstagsfraktion und die Militärvorlage.

IV.

R. L. Die Auffassung unserer Fraktionsmehrheit, die darauf hinausläuft, daß man eigentlich jede direkte Steuer als eine „Verhütung“ indirekter Steuern zu betrachten habe, beruht auf der Annahme, daß die Einführung indirekter Steuern an sich überhaupt jederzeit und in jedem Umfang möglich ist, wenn sich nur der gute Wille der Parlamentsmehrheit dazu bereit findet. Demnach würde an Stelle jeder abgelehnten direkten Steuer unweigerlich eine oder mehrere indirekte, volksbelastende treten.

Diese Auffassung ist finanzpolitisch und ökonomisch total verfehlt. Die Einführung von steuerlichen Belastungen des Massenverbrauchs als nackte parlamentarische Nachfragen betrachten, hieße für jeden ernstlichen Politiker, auch aus dem bürgerlichen Lager, sich ein Armutzeugnis ausstellen. Der unsäglichste preussische Finanzminister wird nicht eine solche steuerpolitische Maxime zu vertreten wagen, und wagte er es, so würde er verdienen, wegen Mangel an elementarer ökonomischer Vorbildung vom Amte weggejagt zu werden. Auch hier haben es die herrschenden Klassen denn doch nicht gar so bequem mit dem Herrschen, sie sind vielmehr in ihrer Ursplunderungspolitik im Staate wie auch in dem industriellen Privatbetriebe an gewisse objektive Schranken gebunden: an die jeweilige wirtschaftliche Konjunktur und an die Leistungsfähigkeit des Ausbeutungsobjekts, der arbeitenden Massen. Es ist schon eine elementare Erkenntnis der Finanzpolitik, daß jedes neue Steuerbündel, das dem Verkehr und den Konjunktur aufgebürdet wird, eine gewisse Zeit erfordert, in der sich die Gewohnheiten, Beziehungen und das Lebensniveau der Masse an die neuen Anforderungen anpassen. Soweit die Rücksichtslosigkeit und der Appetit der bürgerlichen Mehrheit und der Regierung gehen mögen, sie müssen auch im Einführen von indirekten Steuern und Zöllen gewisse Pausen und ein gewisses Maß beobachten, denn wird dieses überspannt, so verstreut einfach die Quelle und die Einnahmen gehen zurück, statt zu wachsen. Wenn wir jetzt in Deutschland den einmaligen Wehrbeitrag und die Reichsvermögenswachstumssteuer gekriegt haben, so vor allem deshalb, weil sowohl die Reichsregierung wie die ausschlaggebenden Parteien — das Zentrum und die Liberalen — die feste Ueberzeugung hatten, daß eine weitere indirekte Belastung der Massen vorerst einfach undenkbar war. Nach dem großen Raubzug der letzten Zolltarifrevision und der letzten „Finanzreform“ mußte eine gewisse Pause eintreten. Das jagten auch Freisinnige im Berliner Tageblatt:

Die indirekten Steuern und Zölle erneut heranzuziehen, erweist sich deshalb als undurchführbar, weil die Belastung des Volkes damit bereits das zulässige Maß überschritten hat. — Darüber bestand bei der erdrückenden Mehrheit des Reichstages keine Meinungsverschiedenheit, daß neue Lasten im wesentlichen nur auf den Besitz gelegt werden konnten.

Dazu kam noch die Angst vor den Wählern, unser Sieg im letzten Jahre, der Druck der 4½ Millionen sozialdemokratischen Stimmen. Daß sich aber angesichts der Unmöglichkeit, diesmal neue Lasten dem Volke aufzubürden, die herrschenden Klassen entschlossen haben, in den eigenen Beutel zu greifen, darin kam ein anderer Druck, ein anderer über-

mächtiger Faktor zum Vorschein: der Riesenschritt des deutschen Imperialismus. In der ersten militärischen Deckungsvorlage aus Besitzsteuern liegt in der Tat ein höchst bedeutsames Symptom, in gewisser Hinsicht ein Wendepunkt und ein Markstein in der politischen Entwicklung Deutschlands, nur in ganz anderem Sinne, als unsere Fraktionsmehrheit es herausgelesen hat. Es zeigte sich hier, daß das Wachstum des deutschen Militarismus nunmehr in ein so rasendes Tempo verfallen ist, daß selbst die unermüdbare indirekte Steuerherrschaft des Deutschen Reichs mit ihm nicht gleichen Schritt zu halten vermag. Es zeigte sich, daß die Anforderungen der imperialistischen Entwicklung nicht mehr auf die unvermeidlichen ökonomischen und steuerrechtlichen Pausen und Schranken der indirekten Besteuerung zugeschnitten werden können und daß wir in Deutschland bereits in die Periode eingetreten sind, wo neben der äußersten Anspannung der Verbrauchssteuern, die auf der breiten Volksmasse lasten, eine teilweise Inanspruchnahme der Schichten der Bourgeoisie notwendig geworden ist. Daß in diesem Zusammenhang das Novum der teilweisen Ausdehnung des direkten Steuersystems von den Einzelstaaten auf das Reich, den Hori des deutschen Militarismus, stattgefunden hat, ist gerade der handgreifliche Ausdruck für die Tatsache, daß der finanzpolitische Umschwung, der Beginn der „neuen Ära“ unter den Auspizien des Militarismus, unter seinem Druck und in seinem Sinne stattgefunden hat. Bisher kam das Reich, d. h. der Militarismus, mit Zöllen und Verbrauchssteuern aus, nunmehr kann er nicht mit diesen Mitteln allein auskommen. Und waren die direkten Steuern bisher den Einzelstaaten, d. h. der übrigen Domäne des kapitalistischen Staates außerhalb des Militarismus vorbehalten, so wird nunmehr auch diese Quelle der öffentlichen Mittel in den Machtbereich des Militarismus gezogen, von ihm teilweise aufgesogen werden.

Was folgt daraus? Es folgt erstens, daß die herrschenden Klassen nunmehr auch selbst gewisse Kosten für die Erhaltung ihres „geschäftsführenden Ausschusses“, des militärischen Klassenstaats, beitragen müssen — Kosten, die jedoch durch den Bedarf des Militarismus zum größten Teil wieder in die Taschen der schweren Industrie und der Finanzwandler, dadurch aber durch tausend Kanäle den Blutkreislauf der ganzen kapitalistischen Wirtschaft beleben, den Puls der Ausbeutung anspannen, die Profitmacherei stärken und ausdehnen. Es folgt zweitens, daß die unter solchen Umständen, in solchem ökonomischen und politischen Zusammenhang eingeführten direkten Steuern nicht ein Mittel sind, bestehende indirekte Steuern zu ersetzen oder auch nur neue zu „verhüten“, sondern daß sie, indem sie dem Wachstum des Molochs Militarismus neue Nahrung zuführen, die sicherste Gewähr für neue indirekte Steuern in nicht ferner Zukunft in ihrem Schoße tragen. Lassen sich auch die Belastungen der Volksmasse nicht schrankenlos und nicht in jedem Augenblick, wie es nunmehr das Kommando des Militarismus erheischt, durchsetzen, so bildet dafür jede Besitzsteuer einen neuen kräftigen Stachel, um bei der nächsten Möglichkeit, bei der nächsten besseren Konjunktur Kompensationen in Gestalt von neuen indirekten Steuern zu fordern. Die Finanzgeschichte der modernen großkapitalistischen Staaten bietet Beispiele genug dafür, und schon an ihrer Schwelle leuchtet ein Beispiel klassischer Art. Während des Bürgerkrieges der amerikanischen Union ist ein „patriotischer Wehrbeitrag“ in Gestalt von unerhörten Kriegssteuern eingeführt worden, die jedes Vermögen, jedes Einkommen, jedes Gewerbe rücksichtslos anpakteten. Hätten unsere Südekum und David damals im Washingtoner Kongress gelesen, sie würden diesen rücksichtslosen Angriff auf die Taschen der Besitzenden wahrscheinlich nicht mehr für den Anfang einer neuen finanzpolitischen Weltwende im Sinne des sozialdemokratischen Programms, sondern schon direkt für den leidhaftigen sozialistischen Staat erklärt haben und natürlich, „da der Krieg nun einmal trotz unseres Protestes Tatsache war“ und es sich nur noch darum handelte, „seine Kosten den Besitzenden aufzubürden“, für diese blutigen Besitzsteuern samt und sonders gestimmt haben. Die Folge der Kriegsteuer war aber, daß gleich nach der Beendigung des Krieges eine „Bergütung“ der „schwer belasteten Industrie“ durch Zölle begann, die in eine beispiellose schutzlernerische Orgie ausartete. Und — das ist der besondere Witz der Geschichte — dieser Schrei nach der „Kompensation“ für die Besitzsteuern diente fortgesetzt zum Ausbau jenes ungeheuerlichen Schutzsystems der Vereinigten Staaten, das in seinen Grundlagen bis zu der ersten Reform in diesem Jahre, also sechzig

der Batterie“ vorzustellen. Drei Tage Mittelarrest war die Sühne für ihre Tat. Die drei Tage Mittelarrest, die man riskierte, schreckten natürlich keinen Rekruten ab, als Fahrer im Urlaub zu glänzen, und man wußte immer im voraus, wer als Berittener sich daheim zeigte. Nie aber hat ein Kamerad den andern verraten, dazu fühlte man zu solidarisch, und dann halfen oft genug noch die Unteroffiziere den Schwindel unterstützen. So fehlte selbst das verschönernde Moment nicht bei diesen Geschichten.

Konnte ich auch nicht zu Weihnachten in Urlaub fahren, fehlte es trotzdem nicht an Abwechslung und bis zur Stunde leben die Weihnachtsabende in der Kaserne in freundlicher Erinnerung in meinem Gedächtnis fort. Wir feierten den Weihnachtsheligenabend bei brennendem Lichterbaum mit Bescherung und einem lufthaltigen Mahle, bestehend aus Schweinebraten und Kartoffelsalat mit Zugabe von ein paar Zigarren und einigen Gläs Bier zum Nachtisch. Der Herr Hauptmann mit den Leutnants fanden sich auf einen Rahensprung ein, der Herr Wachtmelster hielt eine lobpreisende Rede auf den Herrn Hauptmann, die in ein Hoch auf den hohen Herrn ausklang. Der Herr Hauptmann geruhten auf das Wohlgehen der Batterie einen Schluß zu tun — den Krug dazu mußte sein Bursche von zu Hause mitbringen — und empfahl sich dann, so bald es sich schicklich tun ließ. Der Herr hatte das ganz zutreffende Gefühl, hier so überflüssig zu sein wie ein Kropf. War der Hauptmann weg, dann konnte man sich zwanglos geben, und für einige Zeiten fand sogar eine leise Herwischung der Rangunterschiede statt. Was diese Weihnachtsfeiertage noch besonders anziehend für die Zurückgebliebenen machte, war die Einschränkung des Dienstes auf das allernotwendigste, und daß es am Weihnachtstage selber wieder doppelte Menage, wie am Abend zuvor, gab. Was man sich wohl gefallen lassen konnte. Wie oft seufzte ich damals, der ich an chronischem, unstillbarem Hunger litt: „Ach, wenn es nur immer so bliebe“.

(Fortsetzung folgt.)

Jahre lang angehalten hat, nachdem jene einstigen Besitzsteuern, die ihm zum Vorwand gedient hatten, längst wieder aufgehoben worden waren.

Zeigt so das amerikanische Beispiel, wie schon die Opfer der Besitzenden auf dem Altar des Militarismus die indirekte Volksbelastung „verhüten“, so haben wir nach einem Gegenstück dazu nicht weit zu suchen: es ist in der eigenen Finanzgeschichte des Deutschen Reichs enthalten und zwar: in der Finanzreform des Jahres 1909. Dort war die Erbschaftsteuer schon von vornherein mit einem Paß neuer indirekter Steuern verbunden. Die Besitzsteuer kam hier gleich mit ihrer natürlichen Ergänzung, mit Verbrauchssteuern, auf die Welt und zwar in typischem, symptomatischem Verhältnis. 90 bis 100 Millionen an direkter Steuer, gepaart mit 400 Millionen neuer indirekter Lasten: das war das „normale“ Verhältnis, in dem Besitzsteuern im heutigen kapitalistischen Staate zu den Verbrauchssteuern stehen. Nicht als Ersatz für bestehende Lasten des Volkes, nicht als Verhütung neuer Lasten, sondern umgekehrt als Dedung, als Flagge, unter der neue indirekte Steuern und zwar im dreifachen, vierfachen Verhältnis einherziehen — so trat die Erbschaftsteuer in der Finanzreform des Jahres 1909 auf. Ob dabei die Paarung zwischen neuen direkten und neuen indirekten Steuern gleich in einer gemeinsamen Vorlage klipp und klar zutage tritt, wie 1909, oder erst nach Verlauf von einigen Jahren durch getrennte Gesetze bewerkstelligt wird, dürfte für etwas weiterblickende Politiker keinen wesentlichen Unterschied ausmachen. Nur im Zusammenhang mit jener lehrreichen Episode der deutschen Finanzgeschichte kann deshalb die letzte Deckungsvorlage richtig eingeschätzt werden, und man muß staunen über die Blindheit gegenüber diesen Lehren des gestrigen Tages, wenn unsere Fraktionsmehrheit es fertig bringt, sich und der Welt allen Ernstes einzureden, der Wechselsatz der Besitzsteuern, den das Zentrum und die Nationalliberalen zur neuen Stärkung des deutschen Militarismus zusammengebracht haben, „verhüte“ dauernd eine Neubelastung des deutschen Volkes mit indirekten Steuern. Schon die Frist von wenigen Jahren dürfte genügen, um jene leichtsinnige Erklärung der Fraktion in alle Winde zu zerstreuen und neue Verbrauchssteuern, die die Masse schwer treffen, auf dem Tische des Hauses erscheinen zu lassen!

So steht das Hauptargument der Fraktionserklärung in der nüchternen Wirklichkeit aus. Doch sehen wir uns nach andern Momenten um.

Der neue Balkankrieg.

Griechenland und Serbien zeigen sich vorläufig dem Drängen Rumäniens nach Waffenstillstand ziemlich abgeneigt und setzen ihre militärischen Operationen unbeeinträchtigt fort, so daß die serbischen Streitkräfte schon vor der bulgarischen Festung Wid den stehen. Rumänien ist von dieser Haltung nicht erbaut und stößt bereits drohende Worte gegen seine Verbündeten aus.

Bei der Türkei haben seine Mahnungen keinen besseren Erfolg gehabt, ebensowenig die der Großmächte. Die Türkei ist so boshaft, diese Einmischung mit der Erinnerung an die famose Erklärung befagter Großmächte vor dem ersten Balkankrieg zu beantworten, worin es hieß, daß keine territoriale Verschiebung auf der Balkanhalbinsel gestattet werde!

Rumäniens Unmut.

Wien, 26. Juli. Nach einer der Politischen Korrespondenzen aus Bukarest ist man in Bukarest über das ablehnende Verhalten Griechenlands und Serbiens gegen das Belangen nach Einstellung der Feindseligkeiten mit Unmut erfüllt. Es wird hervorgehoben, daß der zweite Balkankrieg sowie die rumänische Aktion hauptsächlich den Zweck verfolgten, das Balkangeleichgewicht gegen übertriebene Ansprüche Bulgariens zu schützen. Dieser Zweck sei gegenwärtig im wesentlichen als erreicht zu betrachten und es gewinne fast den Anschein, als ob man nunmehr vor die Aufgabe gestellt werden dürfte, das Balkangeleichgewicht gegen etwaige maßlose Forderungen Griechenlands und Serbiens zu schützen. Rumänien werde sich aber durchaus nicht zur Wiedererzwingung Bulgariens unter allzu drückenden Bedingungen gewillt zeigen, stelle sich auch auf den Standpunkt, daß eine unzureichende Einstellung der Feindseligkeiten geboten sei, da sie die Entwirrung der Krise fördern würde, ohne die berechtigten Interessen Griechenlands und Serbiens einer Schädigung auszuweisen.

Die Haltung Serbiens und Griechenlands.

Athen, 26. Juli. Maßgebende Kreise behaupten, daß in Athen und Belgrad der Druck von russischer und österreichischer Seite andauere. Griechenland wie Serbien hätten schon wiederholt erklärt, daß sie die Vermittlung dankbar annehmen und ernannten gleichzeitig Delegierte, welche die Friedenspräliminarien erörtern sollten. Griechenland und Serbien weigerten sich keineswegs, sondern Bulgarien weise den Frieden zurück und nicht die Verbündeten. Während die Verbündeten vom Frieden sprechen, spreche Bulgarien vom Waffenstillstand. Ein Waffenstillstand bedeute nicht den Frieden. Wenn Bulgarien aufrichtig Frieden schließen wolle, warum weigere es sich, die aufgestellten Bedingungen zu erörtern, warum wolle es Vorbesprechungen?

Die Haltung der Mächte.

London, 26. Juli. Wie das Reutersche Bureau erfährt, werden die Botschafter ihren Regierungen eine neue Note an die Türkei vorlegen; ob eine Kollektivnote oder nicht, ist noch nicht entschieden. Die Note wird von neuem die Aufmerksamkeit der Mächte auf den Beschluß der Mächte lenken, der Grenze Enos-Midia Achtung zu verschaffen. Obgleich man unbestimmt von einer Flottendemonstration und andern Mitteln, einen Druck auf die Türkei auszuüben, gesprochen hat, ist der gestrigen Konferenz kein Vorschlag gemacht worden. Einzelne Diplomaten glauben, daß ein Druck finanziellen Charakters genügen wird. Der Standpunkt Rußlands unterscheidet sich von dem der andern Mächte infolge der Sonderinteressen Rußlands. Rußland erklärt, keineswegs die Wiederherstellung der ottomanischen Herrschaft in dem Gebiete zu lassen zu können, aus dem die Türken schon vertrieben waren. Rußland wird also gezwungen sein, eine Aktion zu unternehmen, die den Zweck verfolgt, den Rückzug der türkischen Truppen sicherzustellen. Man glaubt, daß diese Aktion gemeinsam unternommen werden wird, jedenfalls aber ist Rußland der Ansicht, daß nichts geschehen wird, was Uneinigkeit unter den Mächten hervorrufen könnte.

Eine Erklärung der Türkei.

Konstantinopel, 26. Juli. Ein offizielles Communiqué erinnert an die erste Erklärung Europas beim Beginn des Krieges der Türkei mit den Balkanstaaten, in der sie das Prinzip der allgemeinen Integrität der Türkei proklamierte. Man könne nicht glauben, daß

fortfahren. Ehe es aber soweit war, gab es noch viele Ermahnungen an die Abfahrenden, sich anständig aufzuführen, der Batterie draußen keine Unreue zu machen und pünktlich einzupassieren. Ganz besonders ermahnt wurden aber die Herren Kanoniere, sich ja nicht zu unterziehen, ihren Stand als Kanoniere zu verleugnen und als Fahrer ausgerüstet, daheim aufzutreten. Diese Mahnung war vollauf berechtigt; denn die Kanoniere taten, wenn sie in Urlaub fahren durften, nichts lieber als das, was zu tun nicht erlaubt war. Jahrgang für Jahrgang hat von den daheimbleibenden Fahrern den langen Reiterjähel und die lange Hofe mit den breiten roten Streifen mit samt den Stecksportentliehen, um zu Hause als schneidiger Reiter paradierten zu können. Dagegen nützten alle Verbote und Gebote nichts. Wochte die Aufsicht noch so strenge sein, mochte man die in Urlaub fahrenden Kanoniere vor dem Weggang bis aufs Hemd untersuchen, mochte man sie selbst unter Aufsicht an die Züge verbringen, ja mochte selbst auf dem Bahnhof der gestrenge Herr Hauptmann seine Untergebenen noch einmal kritisch mustern, deswegen stiefelte der Herr Kanonier, hatte er nur einen guten Freund unter den Fahrern, doch als Berittener in Urlaub herum. Zweimal habe ich unter Aufgebot der denkbar größten Frechheit den Schwindel mitgemacht, und das einmal sogar fast direkt unter den Augen des Hauptmanns. Und dabei war ich noch lange nicht der frechste. Das frechste Stückchen dieser Art haben sich unstrittig zwei Kanoniere aus meiner Batterie erlaubt, als sie es wagten, als Berittene aufgetakelt am Tage Christi Himmelfahrt dem Pferderrennen in Sachloch beizuwohnen. Diesem Rennen wohnten stets viele Unteroffiziere und Offiziere unserer Abteilung bei. Es war also eine mehr als riskante Geschichte für die beiden Kanoniere, dem Rennen als Fahrer ausgerüstet beizuwohnen. Sie sind denn auch richtig erwisch worden und zwar vom Wachmeister in eigener Person, dem sie, auf dem Rennplatz herumstolzierend, direkt in die Arme liefen. Der Herr Wachmeister war mütend über diese Frechheit, und am andern Mittag ließ er beim Appell die zwei „Fahrer“ vor die Front treten, um sie als „jüngste Fahrer